

Drogensituation und Rauschgiftkriminalität

Von Hermann-Josef Arentz, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

A. Nach der jüngst vom Innenministerium vorgelegten Kriminalstatistik 1988 hat sich die Drogensituation in einem beängstigenden Ausmaße zugespitzt. So hat sich die Zahl der Drogentoten um 69 auf 179 erhöht. Das entspricht einer prozentualen Steigerung von 62,7% (die Steigerungsrate im übrigen Bundesgebiet beträgt „lediglich“ 52%). Mit 2417 von der Polizei festgestellten Erstkonsumenten harter Drogen wurde der Vorjahresstand um 88,9% übertroffen (übriges Bundesgebiet: 38%).

Erstmals wurden im Lande Nordrhein-Westfalen mehr als 300 kg harter Drogen beschlagnahmt. Die Gesamtmenge stieg um runde 30% auf 325,8 kg. An Kokain waren es 23,3%, an Amphetamin 30% und an Cannabis 33,3% mehr als im Vorjahr.

All diese Zahlen sind immer noch trügerisch. Denn die Dunkelziffer ist außerordentlich hoch. Nach Expertenmeinung liegt sie bei 95%.

Abgesehen davon, müssen zu den polizeilich bekannten Rauschgifttoten Tausende von Frühinvaliden hinzugerechnet werden. Der Schaden, der durch das Drogenproblem für die Volkswirtschaft auf diese Weise entsteht, geht in die Milliarden.

B. Die Entwicklung bei der Rauschgiftkriminalität ist genauso besorgniserregend. Auch hier geben die vom Innenministerium vorgelegten Zahlen ein klares Bild.

Danach sind die Delikte der Beschaffungskriminalität wie Diebstahl aus Apotheken, Arztpraxen und Krankenhäusern, Diebstahl und Fälschung von Rezeptformularen, aber

auch Straßenraub zur Beschaffung von Geldmitteln bis hin zu Tötungsdelikten auf 1761 Einzelfälle angestiegen, ein Mehr von 24,5%. Allein bei den Raubdelikten zur Erlangung von Betäubungsmitteln betrug die Steigerungsrate 42,4%, beim Diebstahl von Betäubungsmitteln aus Krankenhäusern und Sanatorien 61,1% und beim Diebstahl bei Herstellern und Großhändlern sogar 83,3%.

C. Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Entwicklung sind die Bemühungen der Landesregierung in der Drogenpolitik völlig unzureichend. Die Landesregierung scheint alle ihre Hoffnungen auf das „Erprobungsmodell Methadon“ gerichtet zu haben. Das von der Landesregierung selbst im Jahre 1980 vorgelegte Landesdrogenprogramm, das auf Prävention und Drogenfreiheit abzielt, wurde bis zum heutigen Tage weder personell noch sachlich verwirklicht. Die für 1985 angekündigte Fortschreibung dieses Programms ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt.

Die Landesregierung hatte im Landesdrogenprogramm von 1980 sich selbst folgende Ziele gesetzt:

1. Ausbau der Prophylaxe als vorrangige Maßnahme und die Hervorhebung der prophylaktischen Arbeit in den Schulen.
2. Verbesserung der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen im Bereich von Polizei, Grenzschutz und Zoll.
3. Einleitung gesetzgeberischer Maßnahmen, um durch ein flexibles, abgestuftes System strafrechtlich auf die unterschiedlichen Täterpersönlichkeiten eingehen zu können.
4. Bildung von Schwerpunktabteilungen in Krankenhäusern für die Entgiftungsbehandlung von Süchtigen.
5. Ausbau der psychosozialen, ambulanten Beratungs- und Behandlungseinrichtungen als zentralen Punkt in der Bekämpfung der Suchtgefahren.
6. Ausbau der stationären medizinischen und sozialen Rehabilitation Drogenabhängiger und Einrichtung von Drogenkliniken.
7. Verbesserung und Verstärkung der Koordination und Kooperation aller Einrichtungen und Personen bei der Drogenbekämpfung.

Tatsache ist:

In ganz Nordrhein-Westfalen stehen bei 410 Therapieplätzen für Drogenabhängige ganze 36 Plätze für die Nachsorge zur Verfügung.

Tatsache ist weiterhin, daß die von der Landesregierung 1989 angekündigte Einstellung von 100 Fachkräften für die Drogenprophylaxe bis zum heutigen Tage nicht annähernd verwirklicht worden ist. Statt 100 Fachkräfte sind nur 37 Personen in diesem Bereich tätig.

Nicht von ungefähr spricht der Fachverband für Drogen und Rauschmittel davon, daß „von sachgerechter und umfassender Hilfe für Drogenabhängige ... unter diesen Bedingungen in Nordrhein-Westfalen nicht mehr die Rede sein“ kann.

D. Aus der verschärften Rauschmittelsituation müssen Konsequenzen gezogen werden. Dies vor allem vor dem Hintergrund des am 1. Januar 1990 stattfindenden Vollzuges des Schengener Abkommens. Dann nämlich sollen die Grenzkontrollen zu Frankreich und den Benelux-Staaten, also zu den Niederlanden, gänzlich abgebaut werden. Denn wenn erst die Grenzen als natürliche Filter weggefallen sind, ist zu befürchten, daß aufgrund der speziellen geogra-

phischen Lage das Land Nordrhein-Westfalen von einer wahren Drogenflut überschwemmt werden wird.

Dies wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. von den im Lande Nordrhein-Westfalen insgesamt sichergestellten 73 846 kg Heroin allein 37 653 kg durch den Zoll beschlagnahmt worden sind. Bei Kokain war es die Hälfte der Menge, und bei Marihuana sogar 92,5 %, die der Zoll aus dem Verkehr gezogen hat.

E. Die Landesregierung hat kein überzeugendes Konzept zur Bekämpfung der Drogensituation und der Rauschgiftkriminalität.

Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb erneut in einem Parlamentsantrag vom 21. April 1989 die Landesregierung ultimativ aufgefordert, ein umfassendes Aktionsprogramm durchzuführen. Es geht hier vor allem um folgende Maßnahmen:

- Fortschreibung des Landesdrogenprogramms.
- Verstärkung der Aufklärung über die Gefahren des Drogenmißbrauchs.
- Ausbau der psychosozialen, ambulanten Beratungs- und Behandlungseinrichtungen.

■ Überprüfung und Optimierung der vorhandenen Therapie- und Nachsorgeeinrichtungen.

■ Einrichtung und Verstärkung der regionalen Koordination und Kooperation zwischen Justiz, Drogenberatungsstellen, Ärzteschaft und Sozialversicherungsträgern.

■ Personeller und sächlicher Ausbau der Rauschgiftabteilung beim Landeskriminalamt, den Kriminalhauptstellen und Kreispolizeibehörden.

■ Verstärkung der mobilen Rauschgiftfahndung zur ständigen Beobachtung der Rauschgiftszene.

■ Einsatz von verdeckten Ermittlern in der Rauschgiftszene.

■ Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften zum Zwecke einer intensiveren Strafverfolgung von organisierten Rauschgifthändlern.

■ Schaffung einer operativen Ermittlungsgruppe Rauschgift (OEG) zur Durchführung verdeckter Ermittlungen in höhere Täterhierarchie.

■ Aufforderung an den Bund, die Voraussetzungen zu schaffen, die eine praktikable, lück-

kenlose Abschöpfung aller Gewinne aus dem Drogenhandel sowie deren Einsatz zur Bekämpfung der Drogensituation und der Rauschgiftkriminalität gewährleistet.

■ Im Hinblick auf den großen Anteil von Ausländern bei der Begehung von Rauschgiftdelikten zu prüfen, inwieweit Änderungen bestehen der oder Schaffung neuer Rechtsvorschriften erforderlich sind, um die sofortige Ausweisung und Abschiebung ausländischer Beteiligten bei Rauschgiftdelikten — auch während eines Asylverfahrens — zu erleichtern.

■ Allen Forderungen nach einer Entkriminalisierung und Verharmlosung des Rauschgifthandels entschieden entgegenzutreten und alle Wege zu nutzen, um die Bevölkerung zur Mitwirkung beim Kampf gegen die Rauschgiftkriminalität zu veranlassen.

■ Die nordrhein-westfälische Polizei auf dem Gebiet der Rauschgiftkriminalität gezielt für eine verstärkte Fahndungs- und Ermittlungsarbeit vorzubereiten, insbesondere für den Zeitpunkt des Wegfalls der Binnengrenzen in der Europäischen Gemeinschaft.